

19.04.2022

Stand: 20.04.2022, 08:00 Uhr

OPERATIVE LAGE

Die russische Armee versucht, die Verteidigung der ukrainischen Streitkräfte in der Ostukraine zu durchbrechen. Parallel dazu werden die Angriffe auf die zivile und militärische Infrastruktur vor allem in den östlichen und südlichen Regionen der Ukraine fortgesetzt.

Richtung Charkiw und Luhansk:

Die russischen Truppen setzen ihre Angriffe auf Charkiw fort und versuchen, Einheiten der ukrainischen Streitkräfte und wichtige Infrastruktureinrichtungen zu treffen. Der Leiter der regionalen Militärverwaltung von Charkiw, Oleh Sinehubow, berichtet, dass die Stadtteile Kyjiwskij und Industrialnij von MLRS beschossen wurden, wobei drei Menschen getötet und 21 verletzt wurden. Die Bezirke Derhatschi und Tschuhujiw der Region Charkiw wurden ebenfalls beschossen.

Russische Truppen versuchten in der Nähe von Isjum eine Offensive in südlicher Richtung (auf Sulyhiwka und Dibriwne). Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte berichtet, dass der Angriff zurückgeschlagen wurde.

An der Front in der Region Luhansk finden weiterhin aktive Kampfhandlungen statt. Am intensivsten sind sie in der Nähe der Stadt Kreminna. Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte berichtet außerdem von einer Offensive russischer Truppen, die tief in das besiedelte Gebiet von Popasna vorstoßen und versuchen, Sewerodonezk und Rubischne zu stürmen.

Die Militärverwaltung der Region Luhansk hat Brände in Nowodruschesk, Lyssytschansk und Kreminna aufgrund des Beschusses durch die russischen Streitkräfte gemeldet. Auch eine Hochspannungsleitung wurde beschädigt. 215 Siedlungen waren ohne Strom.

Richtung Donezk und Saporischschja:

Die russischen Truppen konzentrierten ihre Bemühungen auf die Erstürmung des Azow-Stahl-Werks in Mariupol. Nach Angaben von Swjatoslaw Palamar, dem stellvertretenden Kommandeur des Asow-Regiments, verschmieren schwere russische Bomben die Anlage, und viele Menschen liegen unter den Trümmern.

Im Norden der Region Donezk bereiten russische Truppen eine Offensive auf die Stadt Lyman vor. In der Nähe der Siedlungen Torske und Selena Dolyna gehen die Kämpfe weiter. Russisches Militärgerät wurde in der Nähe der Siedlungen Saritschne und Jampil gesichtet. Im Süden der Region kommt es in der Nähe der Siedlungen Welyka Nowosilka und Riwnopil zu Kampfhandlungen.

Nach Angaben der regionalen Militärverwaltung von Donezk setzen die russischen Truppen den Beschuss in den Richtungen Marjinka, Otscheretyne und Awdijiwka fort.

Außerdem gab es einen Raketenangriff auf Kramatorsk. Durch den russischen Beschuss in der Region Donezk wurden 3 Menschen getötet (in Kramatorsk, Awdijiwka und Blahodatne) und 5 weitere Zivilisten (darunter 1 Kind) verwundet.

Ukrainische Einheiten starteten einen Gegenangriff in der Nähe von Marjinka. Nach Angaben des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte haben sie die Kontrolle über diese Siedlung vollständig zurückgewonnen.

Der Leiter der regionalen Militärverwaltung von Saporischschja, Oleksandr Staruch, berichtet von verstärkten Kampfhandlungen in der Region, insbesondere in Richtung Polohy.

Richtung Dnipro:

Die russischen Streitkräfte haben die Stadt Selenodolsk im Bezirk Krywyj Rih in der Region Dnipropetrowsk mit MLRS beschossen. Mehrstöckige Wohngebäude, Räumlichkeiten einer Bildungseinrichtung, landwirtschaftliche Geräte und andere Einrichtungen wurden beschädigt.

Richtung Süden:

In der Region Cherson gehen die Kämpfe in der Nähe von Oleksandriwka weiter.

Der Bürgermeister von Mykolajiw, Oleksandr Senkewytsch, erläuterte die Daten über den Beschuss der Stadt in der Nacht vom 18. auf den 19. April: 2 Menschen wurden während des nächtlichen Beschusses verwundet.

Die Vorsitzende des Regionalrats von Mykolajiw, Anna Samasejewa, teilte mit, dass ein Krankenhaus in der Stadt Baschtanka im Gebiet Mykolajiw beschossen worden sei. Nach vorläufigen Informationen wurden 2 Personen verletzt.

Informationskonfrontation

Das Hauptdirektorat für Nachrichtendienste des ukrainischen Verteidigungsministeriums hat über Vorbereitungen für Pseudo-Referenden in den beschlagnahmten Regionen Cherson und Mykolajiw berichtet, um die so genannten "Volksrepubliken" auszurufen und diese Gebiete an Russland anzugliedern. Die Besatzungsverwaltung druckt Stimmzettel, Plakate und Broschüren und verwendet Passdaten von Anwohnern, die sie im Rahmen der so genannten "humanitären Hilfe" erhalten hat, um Wahlformulare fälschlicherweise auszufüllen.

HUMANITÄRE LAGE

Auf einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats erklärte der ständige Vertreter der Ukraine, Serhij Kyslyzja, dass über 500.000 Ukrainer, darunter 121.000 Kinder, nach Russland zwangsumgesiedelt wurden. Den Ukrainern werden Dokumente ausgestellt, die es ihnen verbieten, russische Regionen für zwei Jahre zu verlassen.

Die Ministerin für die Reintegration der vorübergehend besetzten Gebiete, Iryna Wereschtschuk, berichtet, dass am 19. April aufgrund des schweren Beschusses im Donbas kein humanitärer Korridor geöffnet wurde. Das russische Militär in Mariupol weigert sich, einen Korridor für die Zivilbevölkerung in Richtung Berdjansk zu schaffen. Die

schwierigen Verhandlungen über die Öffnung der humanitären Korridore in den Regionen Cherson und Charkiw dauern an.

Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte hat bis zum Ende des Tages am 18. April 4.966 zivile Opfer in der Ukraine gezählt. Bei der russischen Invasion wurden 2.104 Menschen getötet und 2.862 verletzt. Nach Angaben von Jugendstaatsanwälten waren bis zum 19. April 572 Kinder in der Ukraine betroffen. Die Zahl der Toten (205) ist gegenüber dem Vortag unverändert; die Zahl der verletzten Kinder ist auf 367 gestiegen.

Die Zahl der Menschen, die seit dem 24. Februar aufgrund der anhaltenden Feindseligkeiten in der Ukraine vertrieben wurden, hat die 12-Millionen-Marke überschritten: Mehr als 4,9 Millionen Menschen haben die internationalen Grenzen der Ukraine überschritten; mindestens 7,1 Millionen Menschen haben ihren Wohnsitz innerhalb des Landes gewechselt.

Die Ministerin für die Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete, Iryna Wereschtschuk, berichtete über einen weiteren - den fünften - Austausch von Kriegsgefangenen. Infolgedessen wurden 60 ukrainische Soldaten (darunter 10 Offiziere) und 16 Zivilisten aus der Gefangenschaft entlassen.

Die Menschenrechtsbeauftragte des ukrainischen Parlaments, Ljudmila Denisowa, erklärte, dass russische Truppen die Einwohner der vorübergehend besetzten Stadt Izyum in der Region Charkiw zwangsweise zur Teilnahme am Krieg gegen die Ukraine "mobilisieren" würden. Dies verstößt gegen Artikel 51 des Genfer Abkommens über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, der es einem Besatzungsstaat strikt untersagt, "Personen, die einer Konfliktpartei oder einem Besatzungsstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, unterstehen, zum Dienst in seinen Streitkräften oder Hilfstruppen zu zwingen".

Der Chef der Kyjiwer Regionalpolizei, Andrij Nebytow, sagte, dass in der Region Kyjiw mehr als 1.000 Zivilisten infolge der russischen Aggression getötet worden seien. Allein in der Stadt Butscha wurden bereits mehr als 420 Leichen gefunden.

Die Ermittler des Staatlichen Untersuchungsamtes haben Verbrechen dokumentiert, die von den russischen Besatzern in der Stadt Irpin in der Region Kyjiw begangen wurden (Einsatz von nach der Genfer Konvention verbotener Munition, ungerechtfertigte Brutalität, Massenvernichtung der Bevölkerung). DBI-Ermittler entdeckten 13 Gräber von Stadtbewohnern. Bei den Ermittlungen wurden auch zahlreiche russische Waffen und Munition, militärische Ausrüstung, Dokumente und andere Anzeichen von Zugehörigkeit gefunden. Darüber hinaus bleibt die Bedrohung durch Minen weiterhin aktuell. Am 19. April explodierte in Irpin ein KAMAZ-Lkw auf einer Mine, wobei der Fahrer ums Leben kam.

Wolodymyr Karpjuk, Leiter des Investitionsrats von Irpin und ehemaliger Bürgermeister der Stadt, sagte, dass etwa 1 Milliarde Dollar für den Wiederaufbau des zerstörten oder beschädigten Wohnungsbestands und der Infrastruktur in der Stadt benötigt würden.

Der Leiter der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Tedros Adanom Ghebreyesus, sagte, dass die WHO seit dem 24. Februar 147 Angriffe auf medizinische Einrichtungen in der Ukraine verzeichnet hat, bei denen 73 Menschen starben und 53 verletzt wurden.

Nach Angaben des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) in der Ukraine haben 4,6 Millionen Menschen aufgrund der heftigen Kämpfe auf ukrainischem Gebiet, die zur Zerstörung der Wasser- und Stromnetze geführt haben, nur begrenzten Zugang zu Wasser. Insgesamt 6 Millionen Menschen kämpfen jeden Tag um den Zugang zu Trinkwasser.

UN-Generalsekretär António Guterres hat zu einer viertägigen "humanitären Pause" der Kämpfe in der Ukraine über Ostern aufgerufen, um die sichere Evakuierung der Zivilbevölkerung und die Lieferung von humanitärer Hilfe in die betroffenen Gebiete zu gewährleisten.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Der Internationale Währungsfonds geht davon aus, dass die ukrainische Wirtschaft infolge des russisch-ukrainischen Konflikts bis zum Jahr 2022 um 35 Prozent schrumpfen wird.

Nach Angaben des Einlagensicherungsfonds hat die PrivatBank am 19. April damit begonnen, die ersten Entschädigungen an Einleger zu zahlen, ohne dass diese persönlich bei der Bank anwesend sind (online).

Die EU beabsichtigt, einen großen Teil der Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg zu übernehmen. Zu diesem Zweck wird ein Solidaritäts-Treuhandfonds eingerichtet, aus dem in Absprache mit der ukrainischen Regierung Investitionen und Reformen finanziert werden sollen. In einem ersten Schritt wird die Europäische Kommission zusammen mit der Weltbank eine gründliche Bewertung des Finanzbedarfs der Ukraine vornehmen.

POLITISCHE UND DIPLOMATISCHE ENTWICKLUNGEN

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij hat dem Parlament den Gesetzesentwurf zur "Verlängerung des Kriegsrechts in der Ukraine" um einen weiteren Monat - bis zum 25. Mai - vorgelegt.

Die Staats- und Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Italiens, Frankreichs, Deutschlands, des Vereinigten Königreichs, Kanadas, Japans, Polens, Rumäniens, der NATO und der EU einigten sich in einer 90-minütigen Online-Sitzung auf eine Aufstockung der Militärhilfe für die Ukraine, insbesondere auf die Bereitschaft zur Entsendung von Artilleriesystemen und Schiffsabwehrraketen.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij führte ein Telefongespräch mit dem niederländischen Premierminister Mark Rutte. Als Ergebnis des Gesprächs erklärte der niederländische Ministerpräsident, er habe beschlossen, der Ukraine schwere Waffen, einschließlich gepanzerter Fahrzeuge, zu liefern.

Der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, erklärte, die Ukraine habe in den letzten zwei Wochen Kampffjets und Flugzeugteile aus anderen Ländern erhalten.

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau erklärte, sein Land werde schwere Artillerie in die Ukraine schicken. Rumänien (das eine Änderung seiner nationalen

Rechtsvorschriften zum Verbot von Waffentransfers an Nicht-NATO-Länder plant) und Finnland sind ebenfalls bereit, Waffen an die Ukraine zu liefern. Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó bekräftigte, sein Land habe nicht die Absicht, Waffen an die Ukraine zu liefern.

Die tschechische Verteidigungsministerin Jana Tschornochowa bestätigte die Information, dass die Tschechische Republik sich bereit erklärt hat, bei Kampfhandlungen beschädigte ukrainische Panzer und gepanzerte Mannschaftstransportwagen zu reparieren.

Das japanische Verteidigungsministerium plant, der Ukraine im Rahmen seiner Unterstützung bei der Bekämpfung der russischen bewaffneten Aggression nukleare, biologische und chemische Schutzanzüge (NBC) sowie Drohnen zur Verfügung zu stellen. Außerdem erhöht der Staat die Wirtschaftshilfe für die Ukraine. Der japanische Premierminister Kishida Fumio erklärte, sein Land wolle der Ukraine Darlehen in Höhe von 300 Millionen Dollar gewähren, was dem Dreifachen des bisherigen Angebots entspricht.

Nach Angaben von Bundeskanzler Olaf Scholz ist Deutschland bereit, die Lieferung von Waffen an die Ukraine zu finanzieren, darunter Panzerabwehrwaffen, Flugabwehrgeräte, Munition und ähnliches. Die ukrainische Seite hat bereits ihre Anträge auf entsprechende Vorschläge eingereicht.

Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki traf in Lemberg ein, um die ersten modularen Häuser für Binnenvertriebene einzuweihen, die mit polnischer Unterstützung gebaut werden.

Der französische Finanzminister Bruno Le Maire sagte, Frankreich sei für ein EU-Ölembargo gegen Russland und werde andere Länder davon überzeugen, diesen Schritt zu unterstützen.

Kanada hat neue Sanktionen gegen 14 Personen aus Russland angekündigt, darunter Geschäftsleute und ihre Familien. Auch Putins Töchter Maria Woronzowa und Jekaterina Tichonowa sowie Elvira Nabiullina, die Chefin der russischen Zentralbank, stehen auf der Sanktionsliste. Kanada wird die Guthaben der mit Sanktionen belegten Russen einfrieren und auch jegliche Abkommen mit ihnen verbieten. Darüber hinaus wird den sanktionierten Personen die Einreise in das Land untersagt.

Die griechische Küstenwache blockierte den russischen Öltanker Pegasus auf dem Weg zu seinem Bestimmungsort, nachdem er vor der Insel Euböa abgefangen worden war. Der Befehl zum Festhalten des Schiffes wurde in Übereinstimmung mit den von der Europäischen Union gegen Russland verhängten Sanktionen erteilt.

Die Informationen in dieser Zusammenfassung stammen aus offiziellen Quellen - Berichten der ukrainischen staatlichen Behörden sowie ukrainischer und internationaler Nachrichtenagenturen. Die Glaubwürdigkeit der Daten wird vom Projektteam strengstens überprüft und bestätigt, wenn Fake News entdeckt werden.